

Vom 15. – 21. Februar 2018 reisten Vertreter\_innen der Mitgliedsorganisationen des Ökumenischen Netzes Zentralafrika nach Kinshasa und Goma. An der Reise nahmen Cora Laes-Fettback (Misereor), Manuel Wollschläger (AGEH), Jochen Motte (VEM), Kambale Kahongya (VEM), Martin Domke (Eine Welt Zentrum Herne) und die Koordinatorin des ÖNZ, Gesine Ames, teil. In Kinshasa begleitete Faustin Adeye Adgebola, der Leiter des dortigen Misereor-Verbindungsbüros, die Gruppe.

Wir freuten uns über die Möglichkeit als ökumenische Delegation, verschiedene Akteure aus der Zivilgesellschaft, Kirche und Politik zu treffen.

Mit dem deutschen Botschafter Thomas Terstegen tauschten wir uns über die Problematik der Schließung des Schengenhauses in Kinshasa und die politische Lage im Land aus. Der Botschafter begrüßte den Wahltermin für die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen am 23.12.2018. Mit Sorgen nehmen die Botschaften allerdings die anhaltende Gewalt im Kinshasa und anderen Teilen des Landes wahr.



mit Mgr Utembi, CENCO

Während des Aufenthaltes hatten wir Gelegenheit, den Vorsitzenden der katholischen Bischofkommission CENCO, Mgr. Utembi, sowie den neuen Präsidenten der Eglise au Christ au Congo (ECC), Rev. Bokumdoa, zu treffen. Beide bestätigten ihre Bereitschaft, in einen engeren Austausch zu treten, um einen friedlichen Weg aus der sozio-politischen Krise des Landes zu unterstützen.

Sowohl während der Gespräche mit den Kirchenführern als auch bei den Gesprächen mit Vertretern verschiedener Menschenrechtsorganisationen wurde die Sorge um den sich verengten Handlungsspielraum für Zivilgesellschaft und Medien sowie die vielen Opfer der gewaltvollen Ausschreitungen bei den Demonstrationen in Kinshasa und anderen Städten des Landes im Dezember 2017, Januar und Februar 2018 zum Ausdruck gebracht. Immer wieder wiesen die Gesprächspartner auf den friedlichen Appel der Organisatoren der Demonstrationen hin und die unverhältnismäßigen Reaktionen seitens der staatlichen Sicherheitskräfte.



mit Rev. Bokumdoa, ECC

Im Gespräch mit der Ministerin für Menschenrechte, Marie-Ange Mushobekwa, standen die gewaltvollen Übergriffe und Verhaftungen der letzten Monate im Fokus. Die Ministerin sicherte uns

zu, dass die Meinung- und Versammlungsfreiheit in der DR Kongo eingehalten wird und sie sich jedes einzelnen Verstoßes dagegen annimmt. Als wichtiges Zeichen gegen die Straflosigkeit führte sie die aus zivilgesellschaftlichen und staatlichen Personen eingesetzte Untersuchungskommission nach den Vorfällen im Januar an. Deutliche Kritik übte sie aber an der Positionierung der katholischen Kirche, die sich ihres Erachtens nicht zu politischen Themen äußern dürfte.

Corneille Nangaa, der Vorsitzende der unabhängigen Wahlkommission CENI, empfing uns in seiner Behörde. Im Gespräch, das von einigen Journalisten der staatlichen Medien begleitet wurde, sicherte er uns den festgesetzten Termin für die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen am 23. Dezember 2018 nachdrücklich zu. Die Wahlregistrierung sei abgeschlossen und der Wahlkalender würde



mit Corneille Nangaa, CENI

eingehalten werden. Herausforderungen stellten allerdings das Misstrauen in die CENI seitens der Opposition und einiger europäischer Länder, die anhaltenden Proteste und die aktuelle Krise in der Provinz Ituri dar. Er machte deutlich, dass die kongolesische Regierung sich keinerlei Konditionen unterwerfe und die Wahlen daher komplett alleine finanzieren werde. Im Folgenden präsentierte er uns die Vorzüge des erstmaligen Einsatzes der Wahlmaschinen, legte sich aber nicht fest, ob es zu deren Einsatz kommen wird.

Vertreter der Oppositionsbündnis Rassemblement und G7 begrüßten in einem folgenden Gespräch zwar den Abschluss der Wählerregistrierung, äußerten gleichzeitig Kritik an den Unregelmäßigkeiten während der Registrierung, den Verzögerungen bei der Registrierung der Diaspora-Kongolesen und der fehlenden Unabhängigkeit der CENI. So sei diese u.a. ihrer Aufgabe nach den Wahlen 2011 nicht nachkommen, den legitimen Status der 605 Parteien im Land zu überprüfen und hätte damit Mitschuld an großen Herausforderungen zur Durchführung der Wahlen. Die Einhaltung des Wahltermines sehen die Vertreter der Opposition kritisch.

Weitere Treffen hatten wir mit Vertretern kirchlicher Organisationen, dem Leiter des Menschenrechtsbüros der Vereinten Nationen, Vertretern der Bundesanstalt für Geowissenschaften und der Konrad-Adenauer Stiftung.



bei der MONUSCO, Kinshasa

Im Anschluss an drei gut gefüllte und ereignisreiche Tage mit vielen Gesprächen in Kinshasa flogen wir mit der Fluggesellschaft Congo Airways nach Goma. Dort trafen wir den Präsidenten der Communauté Baptiste au Centre de L'Afrique (CBCA), Samuel Ngayihembako, und seine Mitarbeiter.

Die Themen fehlende Sicherheit und Gewalt begleitete uns bei allen Gesprächen. Die Mitglieder der CBCA sprachen über eine erhöhte prekäre Lage sowohl in den ländlichen Gebieten als auch in Städten wie Goma, Uvira, Butembo, Beni und Bukavu. Mit großer Besorgnis nahmen die Gesprächspartner nicht nur ein Anwachsen der Miliz- und Mai Mai-Gruppen in den Kivuregionen wahr, sondern auch ein Ansteigen der Gewalt zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen. Der Vertreter der Caritas, Gilbert Dhego, bestätigte uns ebenso wie die CBCA die Zunahme von Gewalt und das Kidnapping von Pfarrern und Zivilisten. Viele Bezirksstädte seien mit dem Zuwachs von geflüchteten Dorfbewohnern überlastet und überfordert.

Vertreter der Zivilgesellschaft bestätigten uns diesen Anstieg an Gewalt. Wir nahmen einen großen Frust auf die politische Pattsituation und das Nichteinhalten von Abkommen wie dem Silvesterabkommen durch die kongolesische Regierung wahr. Viele Gesprächspartner sahen dies als Gründe für die ansteigende Gewalt.

Der Leiter der MONUSCO im Nordkivu, Daniel Ruiz, warnte angesichts der sich verschlechterten politischen und sozialen Situation im Land, der wachenden Spannung und des ungewissen Wahlprozesses vor bürgerkriegsähnlichen Szenarien. Die MONUSCO hat als momentan wichtigste Aufgaben den Schutz der Zivilbevölkerung und die Unterstützung bei der Implementierung der Wahlen inne. Allerdings ist die MONUSCO nicht in der Lage, für landesweite Sicherheit zu sorgen. Dies obliege der kongolesischen Regierung.

Die weitere Entwicklung in der DR Kongo war auch Thema bei unserem Gespräch im Poleinstitut. Beide Seiten, sowohl die Regierung als auch die Opposition, würden ihre Aufgaben nicht wahrnehmen. Mögliche Szenarien könnten sowohl eine Verfassungsänderung mit der Aufhebung der Mandatsbeschränkung, oder ein Verlassen des amtierenden Präsidenten aus seinem Amt als auch ein weiteres „Glissement“ durch ein Herausögern der Wahlen sein.

Sowohl das Poleinstitut als auch die NGO Protection Internationale bieten jungen Menschen, die für Frieden und Demokratisierung eintreten, Workshops an. In einem Gespräch mit zwei Mitgliedern der Demokratiebewegung LA LUCHA, betonten diese, dass die Akzeptanz für die Bewegung in der Gesellschaft und innerhalb der Kirche zugenommen hat. Das liege an ihrer Dialogbereitschaft, ihres friedlichen Agierens und ihres langjährigen Bestehens. Nach wie vor begegnet ihnen vor allem die Politik mit Gewalt und Verhaftungen.

Die Vertreter des Netzwerks GATT-RN bedauerten im Gespräch mit uns das Scheitern des Dialoges zwischen Vertretern von Kleinschürferkooperativen und dem kanadischen Bergbauunternehmen ALPHAMIN in der Region Walikale, Nordkivu. So seien die meisten Kleinschürfer samt ihrer Familien gewaltsam von dem Abbaugelände vertrieben worden.

Mit diesen Eindrücken trennte sich die ÖNZ-Gruppe. Ein Teil der Gruppe reiste weiter über Bukavu nach Bujumbura. Die zweite Gruppe reiste für Gespräche und Treffen nach Kigali.

Protokoll: Gesine Ames